

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

**Vorläufiges Ergebnisprotokoll
Tagesordnung**

- TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit dem Bundeskanzler**
- TOP 1.1 Europa**
- TOP 1.1.1 Europäischer Rat**
- TOP 1.1.2 Konferenz zur Zukunft Europas**
- TOP 1.1.3 Einbindung der Länder bei Entscheidungen über die Verteilung von EU-Mitteln (u. a. Brexit-Anpassungsreserve)**
- TOP 1.2 Illegale Einreise über Belarus**
- TOP 1.3 Weiterführung der Bundesbeteiligung ab dem Jahr 2022 an den Ausgaben von Ländern und Kommunen im Bereich Fluchtaufnahme und Integration**
- TOP 1.4 Corona-Pandemie**
- TOP 1.4.1 Aktuelle Lage**
- TOP 1.4.2 Auffrischungsimpfung**
- TOP 1.4.3 Situation von Kindern und Jugendlichen in der Corona-Pandemie**
- TOP 1.5 Digitalisierung
Verwaltungsdigitalisierung/Fortschritte OZG-Umsetzung**
- TOP 1.6 Steigerung des Anteils der FuE-Ausgaben am nationalen Bruttoinlandsprodukt als Teilziel der Strategie Europa 2020 – Sachstandsbericht zum 3%-Ziel für FuE**
- TOP 1.7 Vorschläge der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ zum Tag der Deutschen Einheit sowie zu weiteren erinnerungspolitisch bedeutsamen Daten der deutschen Geschichte**
- TOP 1.8 Verschiedenes
a) Termine 2. Halbjahr 2022**

b) Sonstiges

- TOP 2 Neubenennung von Mitgliedern im Kuratorium der Stiftung Deutsches Historisches Museum, Berlin (DHM)**
- TOP 3 Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern infolge Gesetzesvorhaben des Bundes**
- TOP 4 Bekämpfung von Verschwörungstheorien sowie Anfeindungen und Bedrohungen in Messenger-Diensten**
- TOP 5 Verschiedenes**
 - a) Länderinterne Termine 2. Halbjahr 2022**
 - b) Sonstiges**

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

Vorläufiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit dem Bundeskanzler

TOP 1.1 Europa

TOP 1.1.1 Europäischer Rat

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

Vorläufiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit dem Bundeskanzler

TOP 1.1 Europa

TOP 1.1.2 Konferenz zur Zukunft Europas

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

Vorläufiges Ergebnisprotokoll

- TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit dem Bundeskanzler**
- TOP 1.1 Europa**
- TOP 1.1.3 Einbindung der Länder bei Entscheidungen über die Verteilung von
EU-Mitteln (u. a. Brexit-Anpassungsreserve)**

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

Vorläufiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit dem Bundeskanzler

TOP 1.2 Illegale Einreise über Belarus

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

Vorläufiges Ergebnisprotokoll

- TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit dem Bundeskanzler**
- TOP 1.3 Weiterführung der Bundesbeteiligung ab dem Jahr 2022 an den
Ausgaben von Ländern und Kommunen im Bereich Fluchtaufnahme
und Integration**

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

Vorläufiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit dem Bundeskanzler

TOP 1.4 Corona-Pandemie

TOP 1.4.1 Aktuelle Lage

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

Vorläufiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit dem Bundeskanzler

TOP 1.4 Corona-Pandemie

TOP 1.4.2 Auffrischungsimpfung

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

Vorläufiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit dem Bundeskanzler

TOP 1.4 Corona-Pandemie

TOP 1.4.3 Situation von Kindern und Jugendlichen in der Corona-Pandemie

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder empfehlen dem Bundeskanzler folgenden gemeinsamen Beschluss:

1. Pandemiebedingte Beschränkungen haben zu psychischen und körperlichen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen sowie teilweise auch zu Entwicklungsverzögerungen und Lernrückständen geführt, deren langfristige Folgen noch nicht abschätzbar sind. Auch die Studienlage zu den Langzeitfolgen einer überstandenen Corona-Infektion bei Kindern und Jugendlichen ist bislang noch nicht eindeutig. Ziel muss es daher sein, bestehende Belastungen abzubauen, weitere Belastungen für Kinder und Jugendliche zu vermeiden und sie gleichzeitig bestmöglich zu schützen. Es ist insbesondere wichtig, den für Kinder und Jugendliche so wichtigen Präsenzbetrieb in Schulen und Einrichtungen der frühkindlichen Bildung zu ermöglichen. Auch die außerschulischen Angebote und Freizeitangebote sind für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von hoher Bedeutung.
2. Neben den Akutmaßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens ist es ebenso wichtig, Kinder und Jugendliche auch langfristig gut zu begleiten und ihnen bei der Bewältigung der Pandemiefolgen unterstützend zur Seite zu stehen. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern begrüßen die Empfehlungen der interministeriellen Arbeitsgruppe „Gesundheitliche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche durch Corona“. Sie verweisen diesbezüglich auf ihren Beschluss vom 18.11.2021 mit dem sie bekräftigt haben, weitere Belastungen für Kinder und Jugendliche zu vermeiden und sie gleichzeitig bestmöglich zu schützen.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

3. Bund und Länder sehen in der absehbaren Verfügbarkeit eines Impfstoffes für Kinder unter 12 Jahren einen weiteren wichtigen Schritt zum Schutz von Kindern in dieser Altersgruppe (5 - 11 Jahre). Sie bitten die Gesundheitsministerkonferenz angesichts der Zulassung und der zu erwartenden Lieferungen der entsprechenden Impfstoffe, die Vorbereitungen für die Impfungen von Kindern unter 12 Jahren weiterhin zügig voranzutreiben und dabei die besonderen Belange dieser Altersgruppe zu berücksichtigen. Dies umfasst insbesondere die notwendige ärztliche Beratung. Der Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz vom 29.11.2021 wird ausdrücklich begrüßt. Die darin geäußerte Bitte an die Ständige Impfkommission, sehr zeitnah eine Empfehlung für Kinderimpfungen auszusprechen, wird bekräftigt. Dabei sollten die Erkenntnisse der Impfungen in den USA einbezogen werden. Seit der Zulassung des Pfizer/Biontech-Vakzins haben rund 13 Prozent der amerikanischen Kinder zwischen fünf und elf Jahren (3,7 Millionen) mindestens eine Spritze erhalten.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

Vorläufiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit dem Bundeskanzler

TOP 1.5 Digitalisierung

Verwaltungsdigitalisierung/Fortschritte OZG-Umsetzung

A.

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder empfehlen dem Bundeskanzler folgenden gemeinsamen Beschluss:

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern nehmen den erstmals vorgelegten „Gemeinsamen Bericht des Bundes und der Länder über den EfA-Umsetzungsfortschritt“ des IT-Planungsrates zur Kenntnis.
2. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern sehen in den dargestellten Erfahrungen den deutlichen Beleg, dass der EfA-Ansatz für die Modernisierung der Deutschen Verwaltung ein großes Potential bietet. Sie bekennen sich dazu, dass dieser Ansatz weiter mit Nachdruck verfolgt werden soll.
3. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern bitten den Bund, die Länder und die Kommunen die Umsetzung des OZG weiterhin entschlossen unter Berücksichtigung der dargestellten Handlungsempfehlungen voranzutreiben.
4. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern bitten den IT-Planungsrat, regelmäßig über den weiteren Fortschritt in der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) zu berichten.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

B.

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen ergänzend folgenden Beschluss:

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten die neue Bundesregierung, die im Bundeshaushalt für das Haushaltsjahr 2021 für die Umsetzung des OZG vorgesehenen Mittel des Konjunkturpakets (Ziffer 41), die nicht rechtzeitig in 2021 den zahlreichen OZG-Umsetzungsprojekten zufließen konnten, auch in den folgenden Haushaltsjahren ab 2022 ansatzerhöhend und vollumfänglich zur Verfügung zu stellen.
2. Sie bitten ferner darum, diese Mittel auch über das Haushaltsjahr 2022 hinaus für die Dauer der 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, auszubringen, damit alle Umsetzungsprojekte für eine flächendeckende Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes nach dem EfA-Prinzip im Bedarfsfall ausreichend finanziert sind.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

Vorläufiges Ergebnisprotokoll

- TOP 1** Vorbereitung der Besprechung mit dem Bundeskanzler
- TOP 1.6** Steigerung des Anteils der FuE-Ausgaben am nationalen Bruttoinlandsprodukt als Teilziel der Strategie Europa 2020 – Sachstandsbericht zum 3%-Ziel für FuE

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder empfehlen dem Bundeskanzler folgenden gemeinsamen Beschluss:

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern nehmen den Bericht „Steigerung des Anteils der FuE-Ausgaben am nationalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Teilziel der Strategie Europa 2020 – Sachstandsbericht zum 3 %-Ziel für FuE“ zur Kenntnis.
2. Sie beauftragen die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK), ihnen zu ihrer Herbstsitzung im Jahr 2022 erneut einen Sachstandsbericht zum Stand des 3 %-Ziels für FuE als Teilziel der Strategie Europa 2020 in Deutschland vorzulegen.
3. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern bekräftigen, dass sie sich weiterhin gemeinsam mit der Wirtschaft für das Einhalten des in der Strategie Europa 2020 enthaltene 3 %-Ziels für FuE sowie für eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung einsetzen werden.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

Vorläufiges Ergebnisprotokoll

- TOP 1** Vorbereitung der Besprechung mit dem Bundeskanzler
- TOP 1.7** Vorschläge der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ zum Tag der Deutschen Einheit sowie zu weiteren erinnerungspolitisch bedeutsamen Daten der deutschen Geschichte

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder empfehlen dem Bundeskanzler folgenden gemeinsamen Beschluss:

1. Die von der Bundesregierung eingesetzte „Kommission 30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ hat in ihrem Abschlussbericht vom Dezember 2020 zahlreiche Handlungsempfehlungen unterbreitet, welche die Kommission aus ihrer Arbeit und dem Verlauf des Jubiläumsjahrs ableitet. Die Kommission regt verschiedene erinnerungspolitische Maßnahmen an, um auf die jüngere Entwicklung unseres Landes – die Friedliche Revolution, den Fall der Mauer, die Wiedervereinigung – „unverkrampt, entspannt und mit Stolz“ zurückzublicken. Unter anderem schlägt sie vor, den 3. Oktober stärker als bisher als „heiteren Nationalfeiertag“ in allen Teilen Deutschlands zu feiern, den Tag der friedlichen Demonstration am 9. Oktober 1989 in Leipzig stärker öffentlich als Meilenstein der Friedlichen Revolution zu würdigen, den 9. November in seiner historischen Ambivalenz als nationalen Gedenktag zu etablieren und die Erinnerungsarbeit zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zu verstärken. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern sehen in den Vorschlägen der Kommission wichtige Impulse, um die Debatte über die Ausgestaltung des Erinnerns an besondere historische Ereignisse der deutschen Geschichte neu zu beleben.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

2. Bundespräsident, Deutscher Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung – sind unter Beteiligung der Länder in Gespräche zur Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses zum künftigen Gedenken an besondere historische Ereignisse der deutschen Geschichte eingetreten. Angeregt durch die Vorschläge der „Kommission 30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ beauftragen die Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den zuständigen Bundesressorts und dem Bundeskanzleramt sowie den Ländern Brandenburg, Bremen, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen, verbunden mit der Bitte der Beteiligung der genannten Verfassungsorgane, Vorschläge zu einer Weiterentwicklung des Tages der Deutschen Einheit sowie zu weiteren erinnerungspolitisch bedeutsamen Daten der deutschen Geschichte zu erarbeiten und den Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern bis zu ihrer nächsten Besprechung im Juni 2022 einen Bericht dazu vorzulegen.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

Vorläufiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit dem Bundeskanzler

TOP 1.8 Verschiedenes

a) Termine 2. Halbjahr 2022

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder empfehlen dem Bundeskanzler folgenden gemeinsamen Beschluss:

- | | |
|-------------------|---|
| 17. November 2022 | Besprechung des Chefs des Bundeskanzleramtes mit den Chefinnen und den Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder |
| 8. Dezember 2022 | Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder |

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

Vorläufiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit dem Bundeskanzler

TOP 1.15 Verschiedenes

b) Sonstiges

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

Vorläufiges Ergebnisprotokoll

TOP 2 Neubenennung von Mitgliedern im Kuratorium der Stiftung Deutsches Historisches Museum, Berlin (DHM)

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder beschließen, gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Deutsches Historisches Museum“ für die verbleibende Amtszeit bis zum 16.12.2024

als Mitglied

Frau Staatsministerin Katharina Binz (RP)

anstelle von Herrn StM Prof. Konrad Wolf (RP)

und als stellvertretendes Mitglied

Frau AL'in Brigitte Faber-Schmidt (BB)

anstelle von Herrn AL Reiner Walleser (BB)

in das Kuratorium der Stiftung „Deutsches Historisches Museum“ zu entsenden.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

Vorläufiges Ergebnisprotokoll

TOP 3 Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern infolge Gesetzesvorhaben des Bundes

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder stellen fest, dass Gesetzgebungsvorhaben des Bundes vermehrt zu erheblichen Mehrbelastungen der Länderhaushalte führen, die weit über die in den jeweiligen Gesetzesbegründungen enthaltenen Schätzungen der Bundesregierung hinausgehen.
2. Vor diesem Hintergrund werden die Bundesregierung und die Finanzministerkonferenz gebeten, bis zur Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern am 2. Juni 2022 eine Bestandsaufnahme zu den tatsächlichen Kostenwirkungen bundesgesetzlich veranlasster Ausgaben vorzulegen.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

Vorläufiges Ergebnisprotokoll

**TOP 4 Bekämpfung von Verschwörungstheorien sowie Anfeindungen
und Bedrohungen in Kommunikationsdiensten**

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder empfehlen dem Bundeskanzler folgenden gemeinsamen Beschluss:

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern sind bestürzt über Hass und Hetze insbesondere in den vergangenen Monaten der Pandemie. Sie erklären ihre Solidarität und ihre uneingeschränkte Unterstützung gegenüber den Betroffenen. Über Maßnahmen zur Bekämpfung von Corona kann und muss in demokratischen Gesellschaften diskutiert und gestritten werden. Morddrohungen und Fackelaufzüge vor Privathäusern sind inakzeptabel. Solche radikalen Taten sind ein Angriff auf unsere Gesellschaft und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.
2. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern sehen mit großer Sorge, dass über Kommunikationsdienste zunehmend Verschwörungstheorien, Lügen, Hetze, Anfeindungen und Aufrufe zu Gewalt verbreitet werden, die zeitgleich tausende Nutzerinnen und Nutzer erreichen. Die Verbreitung der genannten Inhalte trägt in einem beträchtlichen Maß dazu bei, die Gesellschaft zu spalten und die freiheitliche demokratische Grundordnung zu gefährden. Sie birgt das Risiko, dass aus hasserfüllter Sprache und Drohungen Taten der Gewalt werden. Diese Inhalte erreichen über Kanäle und Gruppen, deren Größe nicht beschränkt ist, ein sehr großes Publikum. Eine freiheitlich orientierte demokratische Gesellschaft basiert auf einem offenen Austausch von Meinungen und der Auseinandersetzung mit diesen, um Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen zu entwickeln. Wenn Rechtsverstöße in Kommunikationsdiensten nicht konsequent verfolgt und geahndet werden, konterkariert dies jedoch den respektvollen und konstruktiven Austausch von Meinungen im Netz. Dadurch werden zunehmend Radikalisierungstendenzen verstärkt, was derzeit insbesondere bei der „Querdenken-Bewegung“ zu beobachten ist.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

3. Um den Radikalisierungstendenzen im virtuellen Raum entgegenzuwirken, sollten in Zusammenarbeit von Bund und Ländern Präventionsprogramme entwickelt bzw. verstärkt werden. Diese sollten u. a. Angebote zur Entwicklung allgemeiner Medienkompetenz und zum couragierten Verhalten im Internet (Gegenmeinung als Regulativ) sowie Argumentationshilfen gegen Verschwörungserzählungen unterbreiten und die Folgen der Verbreitung strafrechtlicher Inhalte oder Falschaussagen aufzeigen.
4. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern begrüßen, dass sich die Innenministerkonferenz am 2. Dezember 2021 mit der abgegebenen „Stuttgarter Erklärung gegen Hass und Hetze“ diesem wichtigen Thema gewidmet hat. Sie unterstützen die Zielrichtung der dort vorgeschlagenen Maßnahmen, die den dargestellten Entwicklungen und Gefahren entgegenwirken sollen. Die Länder weisen darauf hin, dass Kommunikationsdienste, die sich mit dem Angebot öffentlicher Gruppen und Kanäle faktisch von einer Plattform für Individualkommunikation zunehmend zu einem offenen sozialen Netzwerk mit Massenkommunikation entwickeln, einer angemessenen und hinreichend differenzierten Regulierung im Netzwerkdurchsetzungsgesetz bedürfen.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

Vorläufiges Ergebnisprotokoll

TOP 5 Verschiedenes

a) Länderinterne Termine 2. Hj. 2022

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

19. – 21. Oktober 2022 Jahreskonferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

Vorläufiges Ergebnisprotokoll

TOP 5 Verschiedenes

b) Sonstiges

Das Thema wurde erörtert.